verlagt. Ihre Innenpolitik charakterisiert sich genau wie die ihrer Vorgängerin durch die Notverordnungen.

Notverordnungen im ureigensten Sinne des Wortes, sie verordnen Not und steigern die schon vorhandene Not. Gleichzeitig zertreten sie die Rechte der Massen, gegen die Not zu kämpfen.

Sozialhilfebedürftige und Hilfsberechtigte erblickt die Regierung nur in verschuldeten Großagrariern, krachenden Industrieherren, Bankgewaltigen, Schiebern und gewissenlosen Spekulanten.

Ihre Steuer-, Zoll- und Handelspolitik nimmt breiten Schichten des Volkes, um kleine Gruppen von Interessenten zu bescheren, und verschlimmert die Krise durch weitere Einschränkung des Konsums, des Imports und Exports.

Ebenso schlägt ihre Außenpolitik den Interessen des schaffenden Volkes ins Gesicht. Sie wird geleitet von imperialistischen Gelüsten, bringt Deutschland im ziellosem dilettantischen Schwanken zwischen plumper Anbiederung und Säbelrasseln in immertiefere Abhängigkeit von den Großmächten des Versailler Vertrages und schädigt seine Beziehungen zur Sowjetunion, dem Staat, der durch seine ehrliche Friedenspolitik und seinen wirtschaftlichen Aufstieg ein Rückhalt für die deutsche werktätige Bevölkerung ist.

Schwerstens belastet ist das Schuldkonto des Präsidialkabinetts durch die Morde der letzten Wochen, für die es die volle Verantwortung trägt, durch die Aufhebung des Uniformverbots für die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und durch die offene Begünnerung der faschistischen Bürgerkriegstruppen. Vergebens versucht sie über ihre politische und moralische Schuld hinwegzutäuschen durch Auseinandersetzungen mit ihren Bundesgenossen über die Verteilung der Macht im Staate.

Die Ohnmacht des Reichstages und die Allmacht der Präsidialregierung ist der Ausdruck des Verfalls des bürgerlichen Liberalismus, der zwangsläufig den Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise begleitet. Dieser Verfall wirkt sich auch voll aus in der reformistischen Sozialdemokratie, die sich in Theorie und Praxis auf den morschen Boden der bürgerlichen Gesellschaft stellt. Die Politik der Schleicherregierung ist nichts anderes als die unverschleierte Fortsetzung der Politik der von den Sozialdemokraten tolerierten Brüningregierung, wie dieser ihrerseits die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie als Schrittmacherin voraus ging. Die Politik des „kleineren Uebels" stärkte das Machtbewußtsein der reaktionären Gewalten, und sollte und soll noch das größte Uebel erzeugen, die Massen an Passivität zu gewöhnen.

Diese sollen darauf verzichten, ihre volle Macht im außerparlamentarischen Ringen einzusetzen. Damit wird auch die Bedeutung des Parlaments für den Klassenkampf des Proletariats gemindert. Soweit heute das Parlament innerhalb bestimmter Grenzen für den Kampf der Werktätigen ausgenutzt werden kann so nur dann, wenn es seine Stütze hat an kraftvollen Aktionen der Massen außerhalb seiner Mauern.

Ehe der Reichstag Stellung nehmen kann zu Einzelausgaben der Stunde, muß er seine zentrale Pflicht erkannt und erfüllt haben: Sturz der Reichsregierung, die den Reichstag zu beseitigen versucht.

Eine Anklage der Reichsregierung vor dem Staatsgerichtshof heißt den Teufel bei seiner Großmutter verklagen. Selbstverständlich wird nicht einfach durch Parlamentsbeschluß die Gewalt der Regierung gebrochen, die sich stützt auf die Reichswehr und alle anderen Machtmittel des bürgerlichen Staates, auf den Terror der Faschisten, die Feigheit des liberalen Bürgertums und die Passivität großer Teile der Werktätigen.

Der Sturz der Regierung durch den Reichstag kann nur das Signal sein zum Aufmarsch und zur vollen Machtentfaltung der Massen außerhalb des Parlaments, um in den Kampf das ganze Gewicht ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung und die Wucht ihrer Zahl einzusetzen. In diesem Kampf gilt es zunächst vor allem den Faschismus niederzuzwingen, der mit Blut und Eisen alle klassenmäßigen Lebensäußerungen der Werktätigen auszutilgen soll in der klaren Erkenntnis unserer Feinde, daß die Stärke des Proletariats am wenigsten von Parlamentssitzen abhängt, vielmehr verankert ist in seinen politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und kulturellen Organisationen.

Belgien zeigt den Werktätigen, daß der Massenstreik eine Waffe ist, die auch in der Periode tiefster wirtschaftlicher Krise ihre Schneide bewahrt. Voraussetzung: das hinter ihrem Gebrauch die Entschlossenheit und Opferfreudigkeit der Massen steht, vor keiner Weiterung des Kampfes zurückzuschrecken. Alle Versuche, auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft die Krise zu mildern, haben das Unheil nur verschärft. Staatliche Eingriffe versagen, denn der bürgerliche Staat hat nicht die Wirtschaft, umgekehrt, die kapitalistische Wirtschaft hat den Staat. Als Machtapparat der Besitzenden kann dieser sich nur zu deren Vorteil einsetzen auf Kosten der produzierenden und konsumierenden Werktätigen. Eine Planwirtschaft der kapitalistischen Wirtschaft ist ein Widerspruch in sich selbst.

Die russische Revolution ist der weltgeschichtliche große Beweis, daß den Schaffenden die Kraft eignet, all ihre Feinde niederzuwerfen, zusammen mit dem Kapitalismus im eigenen Lande auch die imperialistischen Raubgewalten zu brechen und Sklavenverträge, wie den Versailler Vertrag zu zerreißen. Der Sowjetstaat erhärtet auch, daß die Werktätigen die Reife besitzen, eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, in der eine wirtschaftliche Höherentwicklung der Gesellschaft ohne verwüstende Krisen erfolgt, da die Ursache der anarchischen Produktion vernichtet ist, das Privateigentum an den großen Produktionsmitteln.

Der Kampf der werktätigen Massen gegen die verfleischenden Nöte der Gegenwart ist zugleich der Kampf für ihre volle Befreiung. Er ist ein Kampf gegen den versklavenden und ausbeutenden Kapitalismus und für den erlösenden Sozialismus. Diesem Ziel muß der Blick der Massen unverrückt zugewandt sein. Sie dürfen sich nicht umnebeln lassen von Illusionen über die befreiende „Demokratie" und nicht schrecken lassen durch die brutalen Gewalten des Kapitalismus, der seine Rettung durch Weltkriegsgemetzel und faschistischen Bürgerkriegsterror erstrebt.

Das Gebot der Stunde ist die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen und damit den Verelendeten und Ausgeplünderten die Kraft, die Macht ihrer Organisationen zu erhalten, ja sogar ihr physisches Leben. Vor dieser zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten. Alle Bedrohten, alle Leidenden in die Einheitsfront gegen den Faschismus und seine Beauftragten in der Regierung!

Die Selbstbehauptung der Werktätigen gegen den Faschismus ist die nächste Voraussetzung für die Einheitsfront im Kampfe gegen Krise, imperialistische Kriege und ihre Ursache, die kapitalistische Produktionsweise.

Die Auflehnung von Millionen werktätiger Männer und Frauen in Deutschland gegen Hunger, Entrechtung, faschistischen Mord und imperialistische Kriege ist ein Ausdruck der unzerstörbaren Schicksalsgemeinschaft der Schaffenden der ganzen Welt. Diese internationale Schicksalsgemeinschaft muß ehern geschmiedete Kampfesgemeinschaft der Werktätigen in allen Herrschaftsgebieten des Kapitalismus werden. Eine Kampfesgemeinschaft, die sie mit den vorausgeeilten befreiten Brüdern und Schwestern in der Sowjetunion verbindet. Streiks und Aufstände in den verschiedensten Ländern künden als lodernde Flammenzeichen den Kämpfenden in Deutschland, daß sie nicht allein stehen. Ueberall beginnen die Unterdrückten und Niedergetretenen zur Eroberung der Macht vorzustoßen.

In der auch in Deutschland sich formierenden Einheitsfront der Werktätigen dürfen die Millionen Frauen nicht fehlen, die noch immer Ketten der Geschlechtssklaverei tragen und dadurch härtester Klassensklaverei ausgeliefert sind.

In den vordersten Reihen muß die Jugend kämpfen, die freies Emporblühen und Ausreifen ihrer Kräfte heischt, aber heute keine andere Aussicht hat, als den Kadavergehorsam und die Ausbeutung in den Kolonnen der Arbeitsdienstpflicht.

In die Einheitsfront auch alle geistig Schaffenden, deren Können und Wollen den Wohlstand und die Kultur der Gesellschaft zu mehren, heute in der bürgerlichen Ordnung sich nicht mehr auszuwirken vermag.

In die kämpfende Einheitsfront alle, die als Lohn- und Gehaltshörige oder sonstwie Tributpflichtige des Kapitals zugleich Erhalter und Opfer des versklavenden und ausbeutenden Systems sind.

Ich eröffne den Reichstag in Erfüllung meiner Pflicht als Alterspräsidentin. Ich hoffe, noch die Freude zu erleben, als Alterspräsidentin den ersten Rätekongreß Sowjetdeutschlands zu eröffnen.

Ab 1. September tarifloser Zustand in der Textilindustrie

Die Textilbarone wollen einen Tarifvertrag nach Papenschem Muster. Beantwortet jeden Vorstoß der Unternehmer mit Kampf

Die Dresdner Volkszeitung vom gestrigen Tage veröffentlicht auf einer ihren letzten Seiten an ganz unscheinbarer Stelle ganze zwei Zeilen über das Ergebnis der am Montag stattgefundenen Verhandlungen für die westsächsische Textilindustrie. Diese Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Führern des DTV über den Abschluß eines Tarifvertrages für die westsächsische Textilindustrie, sind ergebnislos verlaufen.

Die Führer des DTV konnten angesichts der Empörung und der sich ständig steigernden Kampfstimmung der Textilarbeiter nicht wagen, den Forderungen der Unternehmer schon jetzt entgegenzukommen.

Ab 1. September besteht also in der westsächsischen Textilindustrie ein tarifloser Zustand, den die Textilbarone überall dazu auszunutzen versuchen werden, durch betriebliche Vorstöße eine ungeheure Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Dann hoffen sie auf dieser so verschlechterten Grundlage durch Schiedsspruch oder auch freie Vereinbarung mit der Gewerkschaftsbürokratie einen neuen **Tarifvertrag nach Papenschen Muster** abschließen zu können. Papen hat bekanntlich in seinem Wirtschaftsprogramm gelockerte Tarifverträge angekündigt, die auf „die besonderen Verhältnisse des Betriebes" Rücksicht nehmen.

Der Textilarbeiter-Verband, dessen Bürokraten Zwicki, Hatzer und Co. jetzt war davon reden, daß „die Textilarbeiter keinen Lohnabbau mehr vertragen" können, tun aber in Wirklichkeit auch jetzt noch nicht das geringste zur Abwehr des Lohnraubes. Sie verschweigen vielmehr — wie es die Meldung der Dresdner Volkszeitung eindeutig beweist, den Textilarbeitern nach wie vor, die ihnen drohende Gefahr. Das alles läuft praktisch auf die Unterstützung der Unternehmer hinaus.

Mit um so größerer Entschlossenheit müssen darum die Textilarbeiter selber handeln. Im Vertrauen auf die bereits machtvoll eingesetzte Solidaritätsbewegung der übrigen Arbeiter müssen sie in fester unerschütterlicher Einheitsfront zum Kampfe rüsten und

alle Textilbetriebe streikfertig machen

Lohnraub im Bergbau

Essen, 31. August. (Eig. Drahtbericht.)

Der Zechenverband hat den Lohntarif für den Ruhrbergbau zum 30. September 1932 mit dem Ziel der Auflockerung der bisherigen Tarife und der Durchführung einer Lohnsenkung gekündigt.

Aus Halle wird gemeldet, daß auch die Arbeitgebervereinigung für den Mitteldeutschen Bergbau zum 30. September 1932 die Tarife der Braunkohlen-Bergbauangestellten gekündigt hat. Auch hier wurde der Tarif zum Zwecke der Durchführung einer Lohn- und Gehaltssenkung gekündigt.

Das sind die Auswirkungen, die die Verkündung des Papenprogramms zeitigt. Neben den Textilarbeitern soll auch den Bergarbeitern und den bergbaulichen Angestellten Lohn und Gehalt geraubt werden. Bildet in allen Fabriken, gleich welcher Berufsgruppe, sofort die rote Einheitsfront zur Abwehr des Lohnraubes. Schafft Kampfausschüsse, denn das Unternehmertum greift auf der ganzen Front an. Vorwärts in Antifaschistischer Aktion, Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

Wachsende Kampfentschlossenheit in der „Spinne", Coßmannsdorf

Die RGO faßt im Betrieb Fuß. „Es fehlt bloß, daß jemand den Anfang macht" RGO-Kollegin spricht in der DTV-Versammlung

(Arbeiterkorrespondenz)

Am 28. August wurde für den Betrieb der Spinnerei Coßmannsdorf eine Betriebsversammlung der RGO durchgeführt, zu der 17 Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Spinnerei erschienen waren. In der gleichzeitig stattgefundenen Versammlung des DTV waren 10 Mitglieder anwesend. In der RGO-Versammlung berichteten die anwesenden Jungarbeiterinnen über die im Betrieb herrschende Unzufriedenheit mit dem Hungerdasein. Unter anderem erklärten sie:

„In einer Abteilung herrschen solche Mißstände, daß die Mädels schon um ½6 Uhr morgens im Betrieb Vorarbeit leisten müssen, während die Arbeitszeit erst um 6 Uhr beginnt, und auch erst ab 6 Uhr bezahlt wird. Aus der Abteilung Kämmerei wird berichtet, daß mindestens ¾ der Belegschaft für Streik wären. Es fehlt bloß, daß jemand den Anfang macht."

Am Schluß der Versammlung traten 11 der Anwesenden, vorwiegend Mädels, in die RGO ein.

Im Betrieb Spinnerei sind schätzungsweise schon 23 RGO-Mitglieder. Wenn jetzt 11 dazukommen, so sind über 30 Arbeiter und Arbeiterinnen in der RGO.

Nach Schluß der RGO-Versammlung gingen die anwesenden Kollegen und Kolleginnen noch zur Versammlung des DTV. Der hier anwesende Verbandsangestellte Richter war wegen des schlechten Besuches in sichtlicher Verlegenheit. Zu Anfang der Versammlung mußten sich die Kolleginnen und Kollegen in die Anwesenheitsliste einzeichnen. Eine oppositionelle Textilarbeiterin, die außerhalb des Betriebes war, zeigte als Ausweis ihr Verbandsbuch des DTV. Der Versammlungsleiter verlangte dieses Buch wegen einer Ueberprüfung. Diese

oppositionelle Textilarbeiterin sprach schließlich nach dem Referat von Richter zu den Arbeitern der Coßmannsdorfer Spinne und des DTV und zeigte vor allem praktische Kampfmaßnahmen (Bildung eines Kampfausschusses) zur Abwehr des Lohnabbaues auf

und wies die Hetze vom Bonzen Richter gegen die RGO und die KPD zurück und brandmarkte die Rolle der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie des DTV. Nach Schluß der Versammlung verlangte diese oppositionelle Kollegin ihr Mitgliedsbuch wieder zurück. Der DTV-Bonze Richter erklärte aber, daß er das Buch jetzt nicht hergeben kann, da er eine Prüfung vornehmen müsse, ob alles seine Richtigkeit hätte. Als nun die Kollegin ihren Paß noch vorzeigte, weigerte er sich immer noch, das Buch herauszugeben. Die Kollegin machte sofort die noch anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Spinnerei auf diese schuftige Handlungsweise des DTV-Bonzen Richter aufmerksam, so daß eine ungeheure Stimmung gegen Richter ausbrach. Ein Verbandsmitglied ist dann aufgestanden und sagte zu Richter:

„Wenn heute noch 100 Verbandsmitglieder da wären und würden seine Handlungsweise gesehen haben, würden sie dir alle die Bücher vor die Füße werfen!"

Als nun der Bonze sah, daß die Stimmung gegen ihn war, gab er schließlich das Buch der Kollegin zurück.

Arbeiterdemonstrationen in Berlin

Berlin, 31. August (Eig. Drahtb.)

Gestern kam es an mehreren Stellen der Stadt zu Arbeiterdemonstrationen. Im Osten bildete sich gegen 19 Uhr ein Demonstrationszug von über 1000 Mann. Dieser zog durch mehrere Straßen und löste sich dann beim Erscheinen des Ueberfallkommandos auf. Noch lange Zeit standen Ansammlungen und starke Diskussionsgruppen in den Arbeiterstraßen.

Schwere Naziverluste bei den Gemeindewahlen

In dem Grenzort Neu-Bentschen, der fast ausschließlich von Grenzschutzbeamten und Eisenbahnern bewohnt ist, fanden am 28. August Gemeindewahlen statt. Dieser Ort war bisher geradezu eine „Hochburg" der Nazis. Noch bei den Reichstagswahlen erhielten sie 636 von rund 830 Stimmen. Jetzt stimmten für die Nazis 314 Wähler. 322 Stimmen, das ist über die Hälfte Verlust gegenüber der Reichstagswahl! Das ist die erste Antwort der enttäuschten werktätigen Naziwähler an Hitler!

Nachstoßen! Laßt die Nazis nicht aus der Zange! Vorwärts in Antifaschistischer Aktion!

Am 13. November Kommunalwahlen in Sachsen

Wie amtlich mitgeteilt wird, werden die diesjährigen Kommunalwahlen in Sachsen am 13. November stattfinden. Kommunisten, revolutionäre Antifaschisten! Trefft jetzt schon eure Vorbereitungen! Gestaltet den 13. November in allen Städten und Gemeinden zu einem Tag des Massenbekenntnisses für die Politik der Kommunistischen Partei, der einzigen antikapitalistischen und antifaschistischen Partei!

„Vorwärts" drei Tage verboten

Berlin, 31. August. (Eig. Drahtbericht.)

Der Berliner Polizeipräsident hat den „Vorwärts" auf drei Tage verboten, weil er in seiner Kritik zum Wirtschaftsprogramm dieses als das „Programm des Verfassungsbruches" bezeichnet hat.

Hamburger Polizeipräsident verbietet Demonstration zum Jugendtag

Zum 18. Internationalen Jugendtag sollte am 3. September in Hamburg eine Demonstration mit Kundgebung stattfinden. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Schönfelder hat ohne jede Begründung diesen Aufmarsch verboten.

Auch die Dresdner Jugendtag-Demonstration wurde verboten

und zwar, obwohl am selben Tage den Dresdner Nazis die Durchführung eines provokatorischen Fliegerrummels erlaubt worden ist. Um so machtvoller protestiert die gesamte Dresdner Arbeiterschaft gegen die Verbotsmaßnahmen gegen den KJVD.

Die Dresdner Arbeiter erscheinen in um so größerer Zahl zu der nunmehr angesetzten geschlossenen Kampfkundgebung anläßlich des Internationalen Jugendtages am kommenden Sonntag.